

Geklaut

Menschen verändern sich. Manchmal ganz gravierend. Nach einem Verlust, einem Unfall oder einer schweren Trennung zum Beispiel. Oder wenn sie neue Freunde kennenlernen, in anderen Kreisen unterwegs sind oder einen neuen Job angefangen haben. Dabei liegt es immer im Auge des Betrachters, ob die Veränderung jetzt „gut“ oder „schlecht“ ist. Und manchmal passt man sich über die Zeit einfach nur minimal an. Einer Freundin ist das selbst aufgefallen. Sie hat ganz automatisch Redewendungen von zwei Freundinnen übernommen, mit denen sie seit gut einem Jahr viel zusammen ist. So verabschiedet sie sich seit Neuestem mit dem geklauten Spruch „Es war mir ein inneres Blumenpflücken.“ **Ot**

KOMMENTAR

Ohne Not im Hexenkessel



Von Patric König

Dass sich der völlig überfüllte Oberkircher Ratssaal am Montag in den berühmten Hexenkessel verwandelte, hat sich die Verwaltung ein Stück weit selbst zuzuschreiben. Zum einen, weil sie die Sitzung nicht, wie der Ödsbacher Ortsvorsteher, in die Weite einer Halle verlegte. Zum anderen, weil die für November geplante Infoveranstaltung rund um den Windpark Hummelsebene zu spät kommt. Kurz vor Abschluss eines Verfahrens, bei dem der Gemeinderat eigentlich keine Einflussmöglichkeiten mehr hat. Der Windpark-Betreiber schon im Sommer in einer Veranstaltung informiert und dabei auch die Kritiker zu Wort kommen lassen hätten. Viele Fragen, aber längst nicht so viele Antworten – so gestaltete sich die Bürgerfragestunde im Rat. Bei ihr wehte neben den berechtigten Sorgen der direkt Betroffenen ein Hauch von Corona durch den Ratssaal. Einige der Anwesenden waren während der Pandemie durch Fundamentalkritik am demokratischen System und seinen Repräsentanten aufgefallen. Im Ratssaal trugen sie eher zur Hexenkessel-Atmosphäre als zur Sachlichkeit bei.

Wie ist Ihre Meinung? Schreiben Sie an patric.koenig@reiff.de

Stadtkapelle zeigt Konzert als Video

2022er Auftritt läuft auf Youtube

Oberkirch (red./pak). Die Stadtkapelle Oberkirch unter der Leitung von Zeno Peters wird nicht müde, ihrem Publikum beim Galakonzert jedes Jahr aus Neue ein atemberaubendes Programm zu liefern. Wer beim Auftritt 2022 nicht dabei sein konnte oder ihn noch einmal erleben will, braucht keine Zeitmaschine: Am Samstag, 30. September, um 20 Uhr wird das komplette Galakonzert vom 19. November 2022 auf dem Youtube-Kanal „Stadtkapelle Oberkirch“ live ausgestrahlt.

Während des Livestreams kann man mit den Musikern chatten. Die Zuhörer erwarten ein abwechslungsreiches Programm von „Leonardo Dreams“ (Satú Gómez Sorer) über „Sinfonia Concertante, Op. 2“ (Louis Schindelmeyer) bis hin zu Oscar Navarros „Libertadores“ begleitet von einer Trommelshow mit Musikern des Fanfarenzugs Oberkirch. Wer Lust auf mehr hat, kann sich schon einmal den Samstag, 25. November, vormerken: Dann wird das diesjährige Galakonzert der Stadtkapelle Oberkirch stattfinden.

KONTAKT

Redaktionssekretariat Telefon: 078 02 / 804-55
Patric König (pak) Telefon: 078 02 / 804-51
Rüdiger Knie (rüd) Telefon: 078 02 / 804-52
Nicole Rendler (nr) Telefon: 078 02 / 804-54
Mail: lokales.oberkirch@reiff.de

Leserservice Telefon: 07 81 / 504-55 55



Gunda Herzog, Sprecherin der Interessengemeinschaft Oberkirch (vorne zwischen den Gemeinderäten stehend), äußerte in der Gemeinderatssitzung Kritik am geplanten Windpark Hummelsebene. Foto: Patric König

Gegenwind im Ratssaal

Gut 45 Minuten lang brachten am Montag Redner im völlig überfüllten Oberkircher Ratssaal ihre Kritik am geplanten Windpark Hummelsebene vor. Sachlich ging es dabei nicht immer zu.

VON PATRIC KÖNIG

Oberkirch. Wie oft stehen die drei Windräder still und liefern sie wirklich genügend Strom für 13.000 Haushalte? Was passiert mit dem Stromnetz, wenn der Wind zu stark oder nicht stark genug weht? Wie wirkt sich der Bau der Windräder auf den „exorbitant hohen“ Strompreis der Stadtwerke Oberkirch aus? Wer haftet, wenn ein Windrad brennen sollte oder wenn jemand Regressansprüche stellt? Warum ist keine einzige Zufahrt über Durbach geplant? Dies waren nur einige der Fragen, mit denen die Redner unter den rund 100 Zuhörern die Gemeinderatssitzung in Oberkirch eröffneten.

Verpackt waren sie in einer gut 45-minütigen Diskussion mit teils sachlichen, teils weniger sachlichen Beiträgen rund um den Bau der drei Windräder zwischen Durbach und Oberkirch, den die Stadtwerke Oberkirch und die Ökostromgruppe Freiburg planen. Den Anfang hatten die direkt von den Windrädern Betroffenen Judith Wohlfarth und Jenny Haas gemacht: Sie hatten die Sorgen um die durch Quellen gesicherte Wasserversorgung

und um die Existenz ihrer Betriebe schon zuvor in der ARZ geäußert.

Es gehe nicht nur um den Hummelswälder Hof, sondern um alle, die Ferienwohnungen haben, Zimmer vermieten oder ein Hotel betreiben, sagte Haas. Hofgut-Eigentümerin Wohlfarth kritisierte zugleich das Verfahren und forderte ein, dass die Betroffenen bei „solchen Riesenprojekten“ gehört werden. Der Oberkircher Gemeinderat hatte das Thema zwar am Montag auf der Tagesordnung, ein Beschluss war aber nicht vorgesehen.

IG setzt Bühler Frist

Und auch die Antworten auf viele der Fragen standen nach der Sitzung noch aus: OB Gregor Bühler hatte schon zuvor darauf verwiesen, dass die Stadt die oft sehr ähnlichen Fragen sammle und auf der Homepage beantworte. Dafür setzte ihm IG-Sprecherin Gunda Herzog eine Frist bis 3. Oktober. Die Äußerungen der Kritiker wurden immer wieder von Applaus und Gejohle der Zuhörer begleitet, zum Beispiel als Herzog in den Raum stellte, dass es beim Projekt „nicht um die Menschen, sondern ums

Geld“ gehe. OB Gregor Bühler fand Herzogs Auftreten am Montag „sehr befremdlich“.

Die IG-Sprecherin forderte zugleich eine gemeinsame öffentliche Vorstellung des Projekts „mit ausgewogenem Meinungsspektrum ein“, bei der auch Referenten der IG teilnehmen. Die Stadt hat laut Bühler für November eine Infoveranstaltung geplant – im November deshalb, weil es schwierig sei, neutrale Personen zu finden, die sich für ein solches Format zur Verfügung stellen. „Sie bringen Ihre Experten mit und wir unsere und der Bürger soll entscheiden“, antwortete ein Ödsbacher, der zuvor auch Bühlers Vorwurf bestätigte, die IG habe bei der Sitzung Zettel verteilt und von mehreren Bürgern vorlesen lassen.

Auch Herzog hoffte auf eine gemeinsame Veranstaltung, bei der auch zwei Redner der IG auftreten, und auf den Dialog: „Wir sind nicht einfach dagegen.“ Es gehe auch um die Demokratie. Zuvor hatte eine Oberkircherin der Stadt Gesetzesbrüche vorgeworfen, weil sie die Bottenaauer Halle nicht in die IG vermieten haben wollen. „Haben Sie die Halle bekommen?“, konterte Bühler.

Der OB selbst hatte einer Vermietung im zweiten Anlauf zugestimmt, beim ersten Versuch hatte Stabsstellenleiterin Nicole Trayer geantwortet, dass man die Halle für solche Veranstaltungen üblicherweise nicht zur Verfügung stelle.

Ein Redner bezeichnete die Anlagen als „Monsterdinge“ und forderte die Stadt auf, nach ihrem Bau die Bottenaauer Bodenrichtwerte zu aktualisieren, weil die Grundstücke nicht mehr so viel wert seien wie vor dem Bau. Mit Zwischenrufen wie „Wir wollen die Windräder nicht“ fiel der ehemalige OB-Kandidat Bernd Hansert auf. Er bezeichnete die Windräder als „eklig“ und warf dem Gemeinderat vor, die Sache zu lockern zu sehen. Stadtrat Georg Wolf (CDU) wies das zurück: Es gehe manche schlaflose Stunde und Nacht vorüber. Wolf sah im Saal viele Menschen, „die für sich entschieden haben: Windkraft geht gar nicht“. Das gestehe er jedem zu. Er wünsche sich aber, dass man sachlich, fachlich und ruhig diskutiere und zur bestmöglichen Lösung komme.

Dritte Lokalseite: Was die Gemeinderäte vom geplanten Windpark halten.

HINTERGRUND

Stadt: „Überragendes öffentliches Interesse“ überwiegt Beeinträchtigungen

Zu entscheiden hatte der Gemeinderat am Montagabend in Sachen Windkraft nichts: Er nahm die Stellungnahme der Stadt, die Matthias Kaufhold vorstellte, ohne Abstimmung zur Kenntnis. Der Bauverwaltungsleiter hatte zuvor klargestellt, dass ein vereinfachtes Verfahren angewendet werde: Das ist möglich, wenn nur drei bis fünf Windräder gebaut werden und die Umweltverträglichkeitsprüfung keine erheblichen Auswirkungen ergeben habe. Über den Bau der Windräder entscheidet das Landratsamt in einem immissionschutzrechtlichen Verfahren; eine Planoffenlage oder Öffentlichkeitsbeteiligung ist nicht vorgesehen. Für den Bau der Windräder – Zuwegung nicht inbegriffen – sollen 3,1 Hektar

Wald abgeholzt werden; 1,1 Hektar werden wieder aufgeforstet. Ausgleichsmaßnahmen sind auf 4,7 Hektar vorgesehen; an drei Standorten sollen 4000 neue Bäume gepflanzt und Nadel- in Mischwälder umgewandelt werden. Eine optisch bedrückende Wirkung der 261 Meter hohen Anlagen schloss Kaufhold im rechtlichen Sinne aus; sie läge dann vor, wenn das Windrad weniger als die zweifache Anlagenhöhe von der nächsten Wohnbebauung entfernt wäre. Untersucht wurden hier die Anwesen Weintalstraße 1 (697 Meter Luftlinie entfernt), Weintalstraße 61 (602 Meter), Hesselbach 46 (610 Meter) und Wäldenstraße 18 (684 Meter). Bei drei der vier Anwesen gehe die Hauptblickrichtung und die Blickrichtung

zur Anlage „deutlich auseinander“. Für den Eingriff ins Landschaftsbild muss der Betreiber einen Ausgleichsbetrag von 284.000 Euro an die Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg zahlen.

Die Immissionswerte würden eingehalten; die Gutachten stützen sich aber nur auf Herstellerangaben, da die Anlage neu auf dem Markt sei. Der Infraschall liege selbst bei geringen Abständen unter der Hörschwelle; eine tiefere Wahrnehmung könne aber nicht ausgeschlossen werden. Gesundheitliche Auswirkungen seien damit nicht verbunden. Im Hinblick auf den Schattenwurf empfehlen die Gutachter, an den Anlagen entsprechende Schattenwurfabschaltungen einzubauen. Auch bei Vereisung

würden sich die Anlagen abstellen; ein Risiko ergebe sich im Durchschnitt der letzten 20 Jahre aber nur an drei Tagen pro Jahr. Eine Erhöhung der Waldbrandgefahr erkennen die Gutachter durch die Anlage nicht. In der Höhe könne man die Anlage aber bei einem Brand nicht löschen. Unterm Strich würden zwar verschiedene Beeinträchtigungen festgestellt. Das Vorhaben liege aber wegen seines Beitrags zur Sicherheit der Energieversorgung und Klimaschutz „im überragenden öffentlichen Interesse“.

Kaufhold wies darauf hin, dass die Gemeinde steuern könne, wo Windkraftanlagen errichtet werden sollen; sie könne diese aber nicht grundsätzlich im gesamten Gemeindegebiet ausschließen.